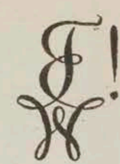
Februar 1901.
Berlin.



No. 97.
13. Jahrgang (27. Semester).

Monatsberichte

der

Freien Wissenschaftlichen Vereinigung

an der Universität Berlin.

Vereinslokal: C., Rosenthalerstrasse 38 II, Eberlbräu. (Fernsprecher III, 130.)

Der Inhalt der Monatsberichte ist streng vertraulich!

Inhalt:

Kassenbericht der Redaktionskommission für das W.S. 1900/1901.

		S.S. 1900	W.S. 00/01
Abonniert waren:	Aktive Mitglieder	19	26
	Auswärtige Mitglieder	1	2
	Alte Herren	66	101
	Insgesamt	86	129

Einnahmen:

Kassenbestand vom S.S. 1900		M. 97.35
Rückständige Abonnementsgelder von A.H. A.H. und Aktiven		„ 90.50
Abonnements im W.S. 1900 1901		
Aktive Mitglieder	M. 26.—	
Auswärtige Mitglieder	„ 3.—	„ 180.50
Alte Herren	„ 151.50	
Ausserordentliche Beiträge		
4 aktive Mitglieder	M. 3.—	
1 auswärtiges Mitglied	„ 1.50	„ 57.75
34 Alte Herren	„ 53.25	
Anzeigen		„ 20.—
Verkauf früherer Nummern		„ 5.—
Aus der Vereinskasse für Abdruck des Rechenschaftsberichts über das S.S. 1900		„ 6.—
		M. 457.10

Ausgaben:

I. 1. Druck von No. 94	M. 41.—	
2. „ „ „ 95	„ 50.—	
3. „ „ „ 96	„ 50.—	M. 213.—
4. „ „ „ 97	„ 49.—	
5. Druck d. Mitgliederliste	„ 23.—	
II. Versand und Korrespondenz		„ 31.75
III. Bestellgeld für Postanweisungen		„ —.75
IV. Mahnkarten		„ 7.25
Streifbänder		„ 3.—
Quittungen		„ 4.—
V. Verschiedenes (Ankauf von Broschüren etc.		„ 3.40
		M. 263.15

Einnahmen	M. 457.10
Ausgaben	„ 263.15
Kassenbestand	M. 193.95

Rechenschaftsbericht der Redaktions-Kommission.

Die Redaktionskommission für das Wintersemester 1900/1901 glaubt durch Vermehrung der Abonnentenzahl unter den Alten Herren und durch Erzielung eines beträchtlichen Ueberschusses die Einrichtung der Monatsberichte gefördert zu haben. Es war dies möglich durch fortgesetztes persönliches und briefliches Werben unter den alten Herren und durch grössere Strenge bei der Einziehung der Abonnementsgelder. Es wird auch späteren Redaktionskommissionen zu empfehlen sein, an unserem Grundsatze festzuhalten, die Berichte nur denjenigen zu übersenden (von der Verteilung auf der Kneipe wurde der Uebersicht wegen Abstand genommen), welche bereits ihre Bezugsgebühr entrichtet haben. Lebhaft beklagen wir es, dass wir nicht in der Lage waren, einem grossen Teil der hiesigen und der auswärtigen Mitglieder die Monatsberichte zu liefern, weil dieselben trotz wiederholter Mahnungen und Bitten bis heute ihr Abonnement, zu dem sie durch Vereinsbeschluss verpflichtet sind, nicht bezahlt haben. Es wird in Zukunft Sache des Vorstandes sein, diesem Uebelstande abzuhelfen.

In der Auswahl von Artikeln hatten wir leider dadurch keinen grossen Spielraum, weil im Vergleich zu früher die Neigung von Alten Herren zu schriftstellerischer Thätigkeit für die Monatsberichte bedauerlich nachgelassen hat. Viele Artikel, die uns übersandt wurden, litten in ihrem Werte darunter, dass die Verfasser die früheren Jahrgänge der Berichte nicht kannten oder kennen zu lernen sich bemüht hatten, so dass sie längst und ausführlich Besprochenes von neuem erörterten. Es wird im Interesse der Monatsberichte und der Vereinsbrüder liegen, wenn im Fuchskränzchen systematisch darauf hingewirkt wird, dass die jüngeren Vereinsbrüder sich die früheren Monatsberichte anschaffen und durchlesen.

Den Umstand, dass die letzten beiden Berichte nicht ganz pünktlich erschienen sind, bitten wir wegen längerer Krankheit des Vorsitzenden der R.-K. zu entschuldigen.

Die Redaktionskommission
für das Wintersemester 1900/1901.

Dr. Jutrosinski, Vorsitzender. Dr. Leander.
Dr. Plessner. Alexander Muszkat, Kassenwart.
Alfred Apfel. Alfred Simon. Arthur Wolff.

Rechenschaftsbericht der Verfügungskasse.

Einnahmen:

Bestand am Schlusse des S.S. 1900	M.	850.87
3 nachträgliche Beiträge	„	21.—
Bis zum 12. Februar gingen ein 77 Beiträge im Betrage von	„	478.80
Rückerstattungen	„	20.—
Zinsen	„	3.35
Summa	M.	1374.02

Ausgaben:

Schulden an die R.-K. zurückgezahlt	M.	80.—
Für Vereinszwecke	„	266.—
Für Unterstützungszwecke	„	175.—
Verwaltungskosten	„	33.85
Summa	M.	554.85

Bestand am 12. Februar M. 819.17.

Für diejenigen A.H. A.H., die ihren Beitrag bezahlt und nicht bereits durch die Post eine Quittung erhalten haben, liegen die Quittungen dieser Nummer der M.B. M.B. bei.

Berlin, 12. Februar 1901. Paul Hirsch.

Vorstehende Abrechnung hat geprüft und richtig befunden: Dr. Martin Behr.

Wertheim! Jandorf! Tietz!

„Wenn man nach den Gründen dieser traurigen Thatsache (des Verlustes des Anhanges in der Studentenschaft) forscht, so findet man den Hauptgrund in der heutigen Zeitanschauung. Der V.D.St., d. h. der Antisemitismus, hat auf der ganzen Linie gesiegt.“ So zu lesen in dem Chajesschen Artikel in No. 94 der MB. MB.

Doch Vbr. Chajes ist kein Prinzipienreiter und starrer Doktrinär. Er gehört nicht zu denjenigen, die nichts lernen und nichts vergessen. Im Gegenteil! Kein Tag vergeht, an dem er nichts Neues hinzulernt, und so bringt denn schon No. 96 der M.B.MB. eine Psalmodie aus seiner Feder. „Der Antisemitismus ist nur ein ganz unschädlicher Tumor im Vergleich zur wirklichen Krankheit, und diese ist für uns das Fehlen jeglicher Prinzipien, jeglicher Daseinsberechtigung“, so lautet seine neue, bessere Erkenntnis, niedergelegt in dem Artikel: „Erkenne Dich selbst“.

Chajes vergisst aber auch seine eigenen, nur wenige Wochen alten Ausführungen und vermeint, während er sich durch seine neue These mit ihnen in Widerspruch setzt, einer fremden Behauptung entgegenzu-

treten. Seine Psalmodie ist also eine unbewusste. Dass ihm selbst die erste Aufstellung der auf Antisemitismus lautenden Diagnose, über deren Unrichtigkeit ich übrigens mit ihm einer Meinung bin, zur Last fällt, ist ihm völlig aus der Erinnerung geschwunden.

Mir selbst habe ich allerdings die leichtfertige Hinnahme der Chajesschen Behauptung vorzuwerfen, wobei ich mir jedoch mildernde Umstände zubilligen muss.

Kam es mir doch in der Hauptsache darauf an, der Resignation gegenüber dem Antisemitismus entgegenzutreten und seine Bekämpfung mit der mir geeignet erscheinenden Waffe der Vereinigung ans Herz zu legen. Da konnte es denn leicht geschehen, dass ich vergass, meine Untersuchung auch nach der Richtung eines ursächlichen Zusammenhanges zwischen dem Antisemitismus und der heutigen Stellung der F.W.V. anzustellen.

Jedenfalls muss auch ich revozieren und deprezieren. Wir können in der That den Antisemitismus nur insoweit als Grund unseres Niederganges bezeichnen, als er seit 1881 immer weitere Kreise unserer christlichen Kommilitonen ergriffen hat und insoweit alle unsere Glaubensgenossen unter ihm leiden. Im übrigen war gerade der Antisemitismus die Ursache unserer Gründung und bildet bis heute den Hauptberechtigungsgrund unseres Weiterbestehens als studentenpolitischer Verein.

Worin haben wir nun aber den wahren Grund des politischen Niederganges der F.W.V. — denn um diesen handelt es sich allein — zu erblicken? Um das auseinanderzusetzen, möchte ich mich einer Trope bedienen: Die F.W.V. ist einem Kaufmann zu vergleichen, der mit einem Spezialmittel gegen die Seuche „Intoleranz" Handel treibt. Die Rentabilität dieses Geschäftes hängt von zwei Faktoren ab, von der Grösse der Nachfrage und der Stärke des Angebots.

Das Bedürfnis nach Bekämpfung der Unduldsamkeit ist nun meines Erachtens nach wie vor vorhanden, wenn auch der Antisemitismus des V.D.St. die mildere Form des Asemitismus angenommen hat. Die Zahl der Konsumenten, die energische Abwehrmassregeln gegen die Seuche zu ergreifen gewillt sind, ist sogar in letzter Zeit wieder beträchtlich gewachsen. Ueber mangelnde Nachfrage können wir also nicht klagen. Die Ursache des geschäftlichen Rückganges muss demnach auf Seite des Angebots liegen. Da nun aber die Ware, die die F.W.V. anzubieten hat, weder ausgegangen noch schlechter geworden ist, muss wohl, wie Chajes ganz richtig ausführt, dem Angebot der Konkurrenz, dem Erscheinen des Sw.St.V. und der Finkenschaft auf dem Plane, die Schuld an unserem Niedergange beigemessen werden.

Wollen wir uns also unsere alte Stellung wiedererobern, so gilt es, den Konkurrenzkampf mit wirksamen Mitteln aufzunehmen.

Da lässt sich denn die Analogie mit dem kaufmännischen Leben in fruchtbringender Weise weiter fortspinnen: Wertheim war der erste, der in Berlin ein Warenhaus in grossem Stil eröffnete. Bald folgten Jandorf und Tietz mit gleichen Unternehmungen. Beide aber fügten eine Spezialität hinzu, um das Publikum anzulocken, Jandorf die Chokoladen - Nachmittage mit Promenaden-Konzert, Tietz die Soda-Fontaine. Diesem Wettbewerb begegnete Wertheim erfolgreich mit der Anlegung seiner Rolltreppe.

In ganz ähnlicher Weise nun machten sich auch Sw.St.V. und Finkenschaft den F.W.Ver.-Gedanken zu eigen, thaten dann aber mit Sozialpolitik und Unabhängigen-Bewegung ein Uebriges und vermochten so, einen grossen Teil der alten Anhänger der F.W.V. auf ihre Seite zu ziehen.

Wertheim-F.W.V.! Nun lege Dir eine Rolltreppe an, und diese Rolltreppe sei der von mir in No. 95 der MB.MB. entwickelte radikale (Chajes!) Assimilationsgedanke!

Allerdings genügt es nicht, diesen Gedanken nur in dem intimen Kreise der Vereinigung auszusprechen, nach aussen hin aber ihn bloss stillschweigend zu bethätigen.

Als Programm, als leitende Maxime muss er verkündigt, in Broschüren, Flugblättern, Lesehallen-Wahlversammlungen propagiert werden.

Ihm müssten auch die von Erich Simon empfohlenen und auch wirklich empfehlenswerten, gross angelegten Vortrags- und Diskussions - Abende nutzbar gemacht werden. Assimilation müsste den Schlachtruf bilden, mit dem wir das nächste Mal in den Wahlkampf um die Direktoriumssitze eintreten. Wenn irgend einer, wird er imstande sein, uns eine grössere, nicht nur persönliche, sondern sachliche Anhängerschaft zu gewinnen, denn schon heute ist unter unseren christlichen und jüdischen Mitbürgern die Zahl derjenigen nicht gering, die die Assimilation als die einzige Lösung der Judenfrage betrachten, wenn auch die Germanisierungsidee bei weitem nicht so weit verbreitet und selbstverständlich ist, wie Chajes annimmt.

Die Wissenschaft, der Erich Simon das Wort redet, besitzt eine für die F.W.V. als politischen Verein werbende Kraft sicher nicht, da ihr Betrieb in der Finkenschaft und im Sw.St.V. auf einer Stufe steht, die wir höchstens erreichen könnten.

Damit wäre dann die Ueberlegenheit, die unseren Konkurrenten die Betonung der Sozialpolitik einerseits, das Betreiben der Unabhängigenbewegung andererseits verleiht, noch immer nicht beseitigt. Denn Ausgleich kann eben allein der Assimilationsgedanke als Tendenz der F.W.V. herbeiführen.

Sollte aber auch er bei den nächsten Lesehallen-Wahlen versagen, dann will ich der erste sein, der der politischen F.W.V. das Grablied singt und die gesellige willkommen heisst.

Martin Fels.

Der Verein Deutscher Studenten.

Das 20. Stiftungsfest der F.W.V. naht, ohne dass bisher zur Abfassung einer Geschichte der Vereinigung ein Schritt gethan worden ist. Ob wohl überhaupt eine zu stande kommen wird? Wie anders bei unserm Gegner! Im Verein Deutscher Studenten regte sich schon vor 10 Jahren der dringende Wunsch nach einer Schilderung seines Lebensganges; Hermann von Petersdorff*) unterzog sich der mühevollen Arbeit. Sein in schwungvoller Begeisterung geschriebenes, bisweilen von Einseitigkeit und Gehässigkeit nicht freies Buch „Die Vereine Deutscher Studenten" hat bereits die zweite Auflage erlebt. Auch für uns ist die Kenntnis desselben von hohem Wert. Aus ihm ist der Inhalt der folgenden Skizzen geschöpft worden.

I. Entstehung und Gründung.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts, in der Zeit der Aufklärung und der Humanität, erhielten Juden in den meisten deutschen Landen Bürgerrechte. Im tollen Jahre 48 gab man ihnen volle Gleichberechtigung vor dem Gesetz. In den Jahren 64, 66, 70/71 kämpften sie Schulter an Schulter mit ihren deutschen Brüdern für die Ehre und Einigkeit des Vaterlandes. Danach schien jeder Rassenunterschied aufgehoben zu sein. Man fand Juden in hohen Beamtenstellen, im Parlament, im Heer, unter den Akademikern; ziemlich alle Berufszweige standen ihnen offen. Es folgte der Gründungsschwindel, mit ihm eine ungeahnte Reaktion. Lasker deckte den Gründungsschwindel vor den Abgeordneten des deutschen Volkes auf, Stöcker entdeckte den, der einzig und allein daran schuld war, den Juden. Der deutsche Michel konnte aufatmen, der Prügeljunge war gefunden. Man wälzt so gern eigene Schuld auf Andere ab, und seit Pharaos Zeit war der Jude das geeignetste Objekt dazu.

Von den Regierungskreisen stillschweigend geduldet, vom Pöbel mit Begeisterung aufgenommen, schwoll die antisemitische Bewegung in Deutschland immer mehr an, bis der Höhepunkt im Jahre 80 in einer von Prof. Foerster verfassten Massenpetition zum Ausdruck kam, in welcher der Reichskanzler um „einschneidende Massregeln gegen das Ueberwuchern des Judentums in Deutschland" gebeten wurde. 250000 Unterschriften wurden gesammelt trotz der sogenannten „Notabeln-Erklärung", die auf Veranlassung des damaligen Oberbürgermeisters von Forckenbeck von Professor Mommsen und Stadtschulrat Cauer ausgearbeitet und den angesehensten Männern der Wissenschaft, der Kunst und des Handels unterzeichnet, in den gelesensten Tageszeitungen veröffentlicht wurde und sich gegen die Petition wandte. Im Gegenteil, die Erklärung schürte vielleicht die Gehässigkeit des Kampfes noch mehr, die unmittelbare Folge war jedenfalls eine Polemik zwischen Treitschke, auf den mehrere Sätze der Erklärung deutlich gemünzt waren, und Mommsen in der „Post" und der „Nationalzeitung", die von den Lesern ganz Deutschlands mit Spannung verfolgt und von den sich bekämpfenden Parteien leidenschaftlich ausgebeutet wurde. Das schlimmste aber war, dass damit zugleich der Streit in die Hallen der Universität, in die Reihen der Studenten getragen wurde.

Hier hatte der Neid schon gut vorgearbeitet, bisweilen sich auch antisemitische Regungen gleich Funken eines glimmenden Feuers gezeigt; der Neid gegen die Juden, „die", so heisst es bei Petersdorff, „ihren christlichen Kommilitonen im Präpariersaal, im Seminar und in den Vorlesungen durch die ihnen eigene Pfiffigkeit, Betriebsamkeit und Bedientenhaftigkeit mit Erfolg den Rang abliefen." Das erste Zeichen eines keimenden Antisemitismus war die Gründung des Akademisch-Rechtswissenschaftlichen Vereins im Sommer 1880 im Gegensatz zu dem „verjudeten" Akademisch-Juristischen Verein. Der neue Verein machte es sich zur Aufgabe, „den Sinn für deutsches Recht mehr zu beleben". Juden wurden nicht aufgenommen.

Dann kam das Massengesuch Foersters, die Notabelnerklärung, der Disput zwischen Mommsen und Treitschke, da hielt der Leipziger Student der Rechte Dulon den Zeitpunkt für gekommen, die demagogische Brandfackel in die Studentenschaft zu tragen; sie sollte sich an der Foersterschen Kundgebung beteiligen, zur Probe aufs Exempel, wie es eigentlich in ihr aussehe, die sich seit den 48er Jahren in der Oeffentlichkeit kaum bemerkbar gemacht hatte. Dulon wandte sich im Namen einiger Gesinnungsgenossen an Treitschke, der sich sehr reserviert aussprach. Seines Erachtens dürften Studenten nicht in die gesetzgebende Gewalt eingreifen, und wenn es geschieht, nur in der massvollsten Weise. Was aber machte Dulon daraus? Der Petition von Foerster fügte Dulon einen Zusatz hinzu, in dem es zum Schluss heisst: . . . . Ihn (Prof. Treitschke) hatten wir Studenten . . . . . um Rat gefragt . . . . ., und der überaus freundliche und detaillierte Bescheid schloss mit den Worten: „Ich sehe nicht nur keinen Grund, Ihnen abzuraten, sondern ich wünsche Ihnen vielmehr alles Glück dazu." (!)

In Berlin, wie an den meisten Universitäten Deutschlands, bildeten sich sogenannte „Ausschüsse zur Verbreitung der Petition". In ihnen ist der Grundstock zu den „Vereinen Deutscher Studenten" zu suchen. Der Berliner Ausschuss galt als Central-Komitee, in dem sich besonders Christian Diederich Hahn, der jetzige Führer des Bundes der Landwirte, und Erich v. Schramm hervorthaten.

In Berlin spitzten sich die Gegensätze am schärfsten zu, zum grossen Leidwesen des damaligen Rektors Prof.

---

*) Hermann von Petersdorff, jetzt Archivar in Marburg, war langjähriger Praeside und Vertreter des V. D. St. im Direktorium der Akademischen Lesehalle.

Hoffmann, der sich vergebens eine vermittelnde, den Frieden unter den Studenten erhaltende Stellung einzunehmen bemühte. Eine studentische Theateraufführung wurde vom Rektor untersagt, weil eine philosemitische Mehrheit beschloss, einen etwaigen Ueberschuss dem Fond zur Errichtung eines Lessingdenkmals zu überweisen. Im Kolleg von Prof. Treitschke und Prof. Lasson kam es zu antisemitischen Demonstrationen. Es bildete sich ein Komité zur Bekämpfung der antisemitischen Agitation in der Studentenschaft, das eine Gegenpetition veranstaltete, worin zur Eintracht aller Studenten aufgefordert wurde. Es war ein Schlag ins Wasser. Was nützte es schliesslich noch, als dasselbe Komité eine von 12 christlichen Kommilitonen unterzeichnete Erklärung in den Zeitungen veröffentlichte, in der es u. a. hiess:

„Wir Unterzeichneten erklären:

1) Dass wir unsere jüdischen Kommilitonen . . . . . als unsere vollberechtigten Kommilitonen anerkennen.

2) Dass wir das Verfahren der antisemitischen studentischen Minderheit als einen wahren Treubruch und als Rechtsverletzung empfinden.

. . . .

5) Dass es ein unwürdiger und verwerflicher Missbrauch hoher Worte ist, wenn unter dem Deckmantel des Christentums und Patriotismus die Gründung eines „Vereins Deutscher Studenten" versucht wird, deren einzige Aufgabe in der Judenhetze besteht."

Die aus einer Volksleidenschaft entstandene studentische Bewegung war durch Vernunftgründe nicht mehr zu bekämpfen; aus der „Minderheit" wurde bald eine fanatische Mehrheit, gegen die selbst die Universitäts-Behörden nichts ausrichten konnten. Mit Recht sah der Rektor Hoffmann in dem Namen „Verein Deutscher Studenten" eine Beleidigung der gesamten übrigen Studentenschaft, die damit als undeutsch bezeichnet werden sollte, und er versagte den eingereichten Statuten, deren erster Paragraph lautete: Zweck des Vereins ist Hebung des deutschen Nationalgefühls, und dessen zweiter: Beitrittsberechtigt ist jeder an hiesiger Hochschule immatrikulierte Student deutscher Abstammung, ohne Rücksicht auf Staatsangehörigkeit, seine Zustimmung. Aber wie wir es alle Tage sehen: Künstliches Hemmen einer Bewegung verstärkt sie. Der Verein Deutscher Studenten meldete sich bei der Polizei an, veranstaltete grosse Versammlungen und grosse Kommerse und schliesslich rang er den Behörden doch die Genehmigung ab. Am 18. Januar 1881 ward der erste Kaiser-Kommers zu Ehren des wieder aufgerichteten Deutschen Reiches von ihnen veranstaltet, und von diesem Datum leiten sie den Tag der Gründung ihres Vereins ab. So benutzten sie von Anfang an in der geschicktesten Weise Patriotismus und Nationalgefühl für die Interessen ihres Vereins, und ihre Geschichte hat ihnen Recht gegeben. „Alle wahrhaft deutschen Studenten Berlins dauernd zu einen; durch dieses Zusammenfassen aller gleichgesinnten und thatkräftigen Elemente Leben und Treiben an der Berliner Universität in nationalem Geiste zu verjüngen", das wurde ihr faszinierendes Ziel. Wie aber wollten sie das erreichen? Die Antwort giebt uns Petersdorff auf Seite 22 seines Buches: „Kaiser Barbablanca sollte die Führerschaft übernehmen, Bismarck der Bannerträger, Stöcker, Treitschke und so viele andere Wortführer der Nation mussten die Herolde der Bewegung zur Wiedergeburt des Deutschtums seins, so etwa dachte sich die akademische Jugend den Fortgang."

(Fortsetzung folgt.)

Leo Herz.

Der Alte Herren-Abend.

Der Wunsch einiger Alter Herren, wieder einmal mit alten Bundesbrüdern einen frohen Abend zu verleben, der Wunsch vieler jüngerer Aktiver, auch ältere Alte Herren kennen zu lernen, hatte im vorigen Jahre den „Alten Herren-Abend" entstehen lassen. Der grosse Erfolg, den diese Veranstaltung errungen, liess eine Wiederholung wünschenswert erscheinen. Und auch diesmal — am 14. Februar — gestaltete sich die Kneipe zu einem intimen, gemütlichen Beisammensein, das der Präside durch ziemlich grosse Milde noch intimer und gemütlicher zu machen suchte. Die übereifrigen Komment-reiter mögen ein bischen geschimpft haben, wenn nicht immer striktestes Silentium herrschte, wenn die Alten Herren nicht regelmässig alle Strophen des Liedes mitsangen, sondern sich lieber unterhielten, Erinnerungen austauschten aus der schönen alten Jugendzeit und die F.W.V. von einst und jetzt verglichen, ... Aber der Abend gehörte nun einmal den Alten Herren, und von ihnen kann man nicht mehr die strenge Disziplin aus der Fuchsenstunde verlangen. Hoffentlich haben sie sich wohl gefühlt bei den jetzigen Aktiven und drücken ihren Dank aus durch recht häufiges Wiederkommen, das Freibier allein, zu dem sie ein heiteres Lied gleichsam zwang, genügt uns nicht, wenn wir es auch jederzeit dankend annehmen.

A. W.

Ehrenmitglieder.

(Zum 20. Stiftungsfest 1901.)

Das XX. Stiftungsfest, zu dessen Feier wir uns schon rüsten, dürfte uns vor die Frage stellen, ob wir überhaupt neue Ehrenmitglieder ernennen sollen und

wer dafür in Betracht käme. Es wäre nun sehr wünschenswert, wenn diese Frage baldigst, d. h. vor ihrer Beratung, in den Monatsberichten ventiliert würde; besonders die AH. AH., die bei den bereits erfolgten Ernennungen aktiv waren, könnten uns dankenswerte Ratschläge erteilen.

Arthur Wolff.

Zeitungsrundschau.

Im „Berliner Tageblatt" (Litterarische Rundschau vom 12. Januar 1901, No. 21) bespricht Theodor Kappstein den Weimarer Studententag („Ein Wort zum Weimarer Studententag"). K. warnt davor, in studentischen Vereinen Fachsimpelei zu treiben und schreibt: „Trennt die Arbeit in Hörsaal und Studierstube die Fakultäten, der Verein sammelt sie zur Freundesrunde. In diesem Betracht können die Finken von den älteren Gruppen, besonders von der verdienstlichen „Freien Wissenschaftlichen Vereinigung" (F.W.V.) etwas lernen!"

Geschäftliches.

IX. ordentliche Sitzung vom 21. I. 01.
Ernennung von Vbr. Gottheiner zum A. H.

X. ordentliche Sitzung vom 28. I. 01.
Wahl von Vbr. Kamnitzer zum Ehrenrichter an Stelle des zum A. H. ernannten Vbr. Paul Muszkat.

XI. ordentliche Sitzung vom 4. II. 01.
1. Wahl von Vbr. Willy Lewin zum Kassenrevisor.
2. Antrag Nova: „F. W. V. möge die Auflösung der Technikerkommission beschliessen" — wird angenommen.

XII. ordentliche Sitzung vom 11. II. 01.
Wahl von Vbr. Kamnitzer zum 2. Fechtwart.

XIII. ordentliche Sitzung vom 18. II. 01.
Antrag Max Levy: „Die von Frau Rechtsanwalt Katz anlässlich des Ablebens ihres Gemahls der Vereinigung geschenkten 50 M. werden der Verfügungskasse überwiesen mit der Bitte, sie zur Unterstützung bedürftiger Vbr. Vbr. zu verwenden" — wird angenommen.

Wissenschaftliches.

VIII. Ordentl. Sitzung vom 14. I. 1901.

Vortrag von A. H. Dr Siegmann.
„Die Pflichten des Verteidigers".

„Die Staatsanwaltschaft soll die rein einseitige Anklagebehörde, die Verteidigung die rein einseitige Schutzbehörde des Angeklagten sein", hierin gipfelten die Worte des Vortragenden, aus ihnen wurden alle anderen Thesen deduciert, an ihnen zumeist setzte die angeregte Diskussion ein.

„Die Staatsanwaltschaft soll die rein einseitige Anklagebehörde, die Verteidigung die rein einseitige Schutzbehörde sein". Daraus ergiebt sich zunächst die völlige Gleichberechtigung beider Organe. In Wahrheit nehmen aber Staatsanwalt und Verteidiger im Strafprozess nicht die gleiche Stellung ein.

Das kennzeichnet sich schon äusserlich: während der Staatsanwalt auf erhöhtem Podium neben dem Richter thront — mit diesem also auf einer Stufe steht —, muss der Verteidiger unten im Saale neben dem Angeklagten Platz nehmen. Schon diese rein äusserliche Seite ist symbolisch für die Stellung des Verteidigers, er wird zu einem Genossen des Angeklagten herabgedrückt.

Aber auch in anderer Beziehung kommt diese Nicht-Gleichstellung des Verteidigers und Staatsanwaltes zur Geltung: das Vorverfahren ist nicht öffentlich, vor der Klageerhebung darf der Verteidiger — im Gegensatz zum Staatsanwalt — nicht Einsicht in die Akten nehmen. Durch die staatliche Autorität kann sich ferner der Staatsanwalt in Hülle und Fülle Beweismaterial verschaffen, das dem Verteidiger nur schwer zugänglich ist. Will letzterer mit den Ermittelungen des Staatsanwaltes nur ungefähr gleichen Schritt halten, so muss er eben zu Detektives greifen. Einem Anwalt also aus der blossen Zuziehung von Detektives einen Vorwurf zu machen, ist völlig unberechtigt.

Wie wenig Rechte die Verteidigung im Gegensatz zum Staatsanwalt hat, zeigen auch die Bestimmungen der Str.P.O. Aus ihnen spricht ein bedeutendes Misstrauen gegen die Verteidiger: sie sind zugelassen, wo es nicht anders angeht, aber beschränkt, so weit als möglich.

„Die Verteidigung soll die rein einseitige Schutzbehörde des Angeklagten sein", d. h. die Verteidigung hat lediglich die Interessen des Angeklagten zu vertreten. Die theoretische Definition: „der Verteidiger ist ein öffentlich rechtliches Organ, berufen, an der Ermittelung der objektiven Wahrheit mitzuwirken", ist demgemäss ganz unhaltbar. Denn sonst müsste der Verteidiger ja in vielen Fällen gegen die Interessen seines Klienten handeln.

Wie ist es aber, wenn der Verteidiger von der Schuld seines Klienten völlig überzeugt ist? — Liszt

meint, auch in diesem Falle hätte der Verteidiger die Pflicht, auf Freisprechung zu plaidieren. Diese Lisztsche Ansicht ist aber entschieden zu verwerfen, schon weil sie gegen § 257 Str.G.B. verstösst. Dem Verteidiger, der seinen Klienten als schuldig erkannt hat, bleibt vielmehr nichts übrig, als die Verteidigung abzulehnen bez. niederzulegen, oder sich in seinem Plaidoyer auf die Gewährung mildernder Umstände zu beschränken.

Mehr Sache des Taktes als des Gesetzes, aber auch eine Folge der Stellung der Verteidigung als einseitige Schutzbehörde ist es, dass der Verteidiger dann die Verteidigung abzulehnen verpflichtet ist, wenn er glaubt, die Interessen des Angeklagten nicht genügend vertreten zu können. So wird z. B. ein jüdischer Rechtsanwalt den Reichsgrafen Pückler nicht dessen Interessen gemäss verteidigen können.

„Die Staatsanwaltschaft soll die rein einseitige Anklagebehörde des Angeklagten sein". Die Pflichten des Staatsanwalts müssen demgemäss vermindert werden. In dem neuesten Sensationsprozesse betonte der Ober-Staatsanwalt Dr. Isenbiel: „Die Staatsanwaltschaft ist die objektiveste Behörde, die es giebt". Dem sollte aber nicht so sein. Die Staatsanwaltschaft sollte nur die belastenden, nicht auch die entlastenden Umstände hervorheben. Das wäre auch für die Verteidiger ein Vorteil. Denn grösstenteils pflegt die Staatsanwaltschaft nur dann Objektivität anzuwenden — d. h. für die Freisprechung des Angeklagten einzutreten —, wenn nach einem glänzenden Plaidoyer des Verteidigers die Freisprechung sicher ist. Der Staatsanwalt bezweckt also in einem solchen Falle weiter nichts, als den Verteidiger um seinen wohlverdienten Triumph zu bringen.

Soweit die Ausführungen des Redners.

Aus der nun folgenden lebhaften Diskussion, an der sich vornehmlich Juristen beteiligten, sind besonders die Worte von Vbr. Felix Herz hervorzuheben, der den Lisztschen Standpunkt betreffs des Niederlegens der Verteidigung vertrat: ein Amt und keine Meinung — wenigstens nicht der Oeffentlichkeit gegenüber — habe der Verteidiger.

Im übrigen stimmten fast alle der sich an der Debatte Beteiligenden dem Hauptredner in den wesentlichen Punkten bei. Nur über die Stellung der Staatsanwaltschaft innerhalb des Strafprozesses gingen die Meinungen auseinander.

A. H. Dr. Fröhlich betonte zunächst die Consequenz, die sich daraus ergebe, dass der Staatsanwalt der rein einseitige Ankläger sei: ebenso wie der Verteidiger müsste dann ja auch der Staatsanwalt in gewissen Fällen zum Niederlegen seines Amtes verpflichtet sein.

In beredten Worten verfocht sodann A. H. Max Levy den Satz, dass man eine eiternde Wunde nicht durch ein daraufgelegtes Pflaster heilen könne: die ganze heutige Einrichtung der Staatsanwaltschaft müsse reorganisiert werden, vor allem dürfe die Polizei nicht der Staatsanwaltschaft dienen.

Vbr. Danziger ging noch weiter. Er wollte die Wunde dadurch heilen, dass er gleich den ganzen Körperteil entfernte: die Staatsanwaltschaft müsse ganz beseitigt werden — das war sein Grundsatz.

Zum Schlusse entgegnete A. H. Dr. Siegmann auf die von den verschiedenen Rednern berührten Punkte. Klar und treffend wie seine ersten Ausführungen waren auch seine Schlussworte. Weiss.

IX. Ordentl. Sitzung vom 21. 1. 01.

Vortrag unseres Ehrenmitgliedes Herrn Prof. Dr. Mendel:

„Die Zunahme der Nerven- und Geisteskrankheiten:

Der Vortragende führte aus, dass das 19. Jahrhundert als das Jahrhundert der Nervosität, der Nerven- und Geisteskrankheiten von jedermann bezeichnet werde. Montegazza charakterisiert es als in physischer Hinsicht nervös, in moralischer heuchlerisch und in geistiger skeptisch. Einen mathematischen Beweis für die Behauptung der Nervosität haben wir nicht, denn es giebt keine Statistik und kann es auch nicht geben, wenngleich auch einige Zählungen, die aber nicht genau sein können, das Anwachsen der Geisteskrankheiten scheinbar dokumentieren. Auch dies wachsende Bedürfnis nach Irrenanstalten kann als kein Beweis gelten, denn während in früheren Jahren nur im äussersten Falle Kranke in Irrenanstalten geschickt wurden, da diese sehr viel zu wünschen übrig liessen, werden jetzt viel mehr Kranke in diese gesandt, da die Pflege u. s. w. ausserordentlich gebessert und der Aufenthalt der Kranken in der Anstalt für die Minderbegüterten weniger kostspielig ist; endlich werden auch meist die Kranken aus der Stadt interniert, da auf dem Lande „das ganze Dorf auf den Narren achtet".

Trotzdem wir also keine mathematischen Beweise für die Zunahme der Geistes- und Nervenkrankheiten haben, kann dieselbe doch nicht geleugnet werden. Vor allem ist es die Neurasthenie, die als die Nervenkrankheit des 19. Jahrhunderts bezeichnet wird und deren Symptome die Erregbarkeit, Erschöpfbarkeit und mangelnde Widerstandskraft des Patienten sind.

Wir wissen, dass jedes Organ, das dauernd überanstrengt wird, erkranken muss (z. B. das Herz bei Bergsteigern u. s. w.), und wenn das Gehirn fortwährend starken Reizen ausgesetzt und so überreizt wird, so kann auch hier die Funktionsstörung nicht fernbleiben.

Unser soziales Leben, besonders in dem im letzten Jahrhundert durch die kolossale Ausbreitung des Dampfes und der Elektrizität (Telephon, Telegraph u. s. w.), unser nationales Leben, die Kriege, die Ausbreitung der Sozialdemokratie und die fortdauernden Versuche, die soziale Frage zu lösen, der immer härter werdende Kampf ums Dasein halten unser Gehirn in steter Erregung. Dazu kommt noch der Missbrauch vieler Erregungsmittel, wie Alkohol, Nikotin u. s. w.

Von Geisteskrankheiten hat nur die progessive Paralyse eine erhebliche Steigerung erfahren, eine

Krankheit, die im Jahre 1825 zuerst beschrieben wurde und jezt weit und breit bekannt ist.

Dennoch brauchen wir eine Degeneration, wie sie Ibsen, Nordau u. a. in Aussicht stellen, nicht zu fürchten. Auch im Mittelalter gab es epidemische Geisteskrankheiten, und zwar von erschreckender Ausbreitung, und doch ist die Degeneration ausgeblieben. Wenn sich heute wieder einige Anzeichen einer Degeneration bemerkbar machen, so ist das dem Uebergangsstadium zuzuschreiben, das durch die grossen Entdeckungen des vorigen Jahrhunderts bedingt ist, und das Gleichgewicht wird bald wieder hergestellt sein. Die Vermehrung der Geistes- und Nervenkrankheiten können wir jedoch durch bessere Schulhygiene, wie überhaupt durch bessere hygienische Verhältnisse verhindern. Die jungen Leute sollen bei minderer Begabung lieber einen praktischen Beruf erwählen und nicht durch geistige Ueberanstrengung den Grund zur Neurasthenie legen.

Endlich muss der Missbrauch aller Erregungsmittel, des Alkohols, des Nikotins u. s. w. gehindert werden, und gerade hierin sollte die studierende Jugend mit gutem Beispiel vorangehen. Chajes.

X. Ordentl. Sitzung vom 28. I. 01.

Vortrag von Vbr. Felix Herz: „Das Kreditwesen."

XI. Ordentl. Sitzung vom 4. II. 01.

Vortrag von A.H. Fritz Stahl: „Arnold Böcklin."

In grossen Zügen entrollte der Vortragende das Lebensbild des toten Meisters, zu dessen Gedenken sich eine grosse Versammlung eingefunden hatte, die mit grösster Aufmerksamkeit der Rede folgte. Mit warmer Liebe zu dem Menschen und mit tiefstem Verstehen des Künstlers schilderte Fritz Stahl die unvergleichliche Kunst des Meisters; er liess vor dem geistigen Auge seiner Zuhörer Arnold Böcklin erstehen, die Art und Weise seines Schaffens, seiner Technik, er wies auf die Seelenstimmungen hin, die sich aus jedem Gemälde deutlich herauslesen lassen, er führte uns ein in die Märchen- und Zauberwelt Böcklins, in die Berge und auf das Meer, zu den Nymphen und Frauen und den anderen uns fremden Gestalten der Böcklinschen Welt. W.

XII. Ordentl. Sitzung vom 11. II. 01.

Vortrag von A.H. Dr. Rosenberger: „Das Vorrecht des Weibes."

XIII. Ordentl. Sitzung vom 18. 2. 01.

Vortrag des Herrn Prof. Philippsohn über: „Griechenland, Erfahrenes und Erlebtes".

Der Herr Vortragende selbst hat sich nur wenige Wochen in Griechenland aufgehalten; er bedauerte, dass es so wenig von Deutschen besucht wird. Die Sicherheit der Reisenden ist dort vollkommen, allerdings der Komfort klein. Bei der Beurteilung des Landes darf man nicht übersehen, dass es erst im letzten Jahrhundert dort sich von 300jähriger türkischer Fremd- und Misswirtschaft befreit hat. Die heutige Bevölkerung setzt sich zusammen aus Nachkommen der Hellenen, Albanesen und Wallachen; doch ist das Hellenenthum im Begriff, die anderen Stämme zu verdrängen.

Der Grieche unvermischten Blutes ist nicht schön, auch die Frauen waren schon im Alterthum nur da schön, wo sich der hellenische Typus mit dem italienischen gemischt hatte. Der Charakter der Griechen ist besser als sein Ruf. Unterdrückt und arm unter den indolenten Türken lebend, mochten sie diesen wohl als habgierig und betrügerisch erscheinen, wenn sie, von Natur regsam und intelligent, rasch emporkamen. Familiensinn und Sittlichkeit sind stark entwickelt, Vaterlandsliebe vereint sich mit dem Stolz auf ihre Vergangenheit; doch sind sie begierig und bereit, von dem heutigen Europa zu lernen.

Die albanesische Nationaltracht wird noch von der Hälfte der Männer und fast allen Frauen getragen. — Die soziale Gliederung ist durchaus demokratisch, das Land ist überwiegend in den Händen kleiner Bauern. Die Kirche hat nur auf die Frauen Einfluss, Frauenklöster giebt es wenig, die Männerklöster sind meist zugleich Herbergen.

Der Boden ist wenig fruchtbar, Wein und Oliven sind nur dann zur Ausfuhr geeignet, wenn sie von Deutschen oder Franzosen behandelt werden, die Hälfte der Ausfuhr besteht in Korinthen; an zweiter Stelle stehen hier Erze, Blei und Eisen. Der bergige Charakter des Landes macht Viehzucht unmöglich, nur Schafe, Ziegen und Hühner gedeihen, fast alle Lebensmittel müssen eingeführt werden. So übersteigt die Einfuhr bedeutend die Ausfuhr, und das Land müsste gänzlich verarmen, wenn nicht der ganze Handel in den Händen der Griechen selbst läge. Trotzdem ist die Staatskasse immer leer, denn direkte Steuern zahlt der Grieche nicht und die Zölle umgeht er durch Schmuggel. Die Verkehrsverhältnisse haben sich seit 1890 gebessert, es sind Landstrassen und Eisenbahnen gebaut worden, die Züge fahren freilich sehr langsam.

Das Unglück des Landes sind die politischen Verhältnisse; die allzu demokratische Verfassung verleitet das Volk, das noch nicht für diese reif ist, zu Parteigezänk und Parteiwirtschaft, die äussere Politik wird beherrscht von einem beständigen Streben nach Vergrösserung. Auch um das Heer stände es besser, wenn sich die Offiziere mehr mit Kriegswissenschaft und weniger mit Politik beschäftigten, denn der griechische Soldat ist tapfer genug. Die letzten Ausgrabungen, die der Franzosen in Delphi, haben einen reichen Gewinn an geschichtlich interessanten Inschriften und an Bildwerken der verschiedensten Zeiten ergeben, leider sind die Franzosen noch nicht zur Veröffentlichung gelangt.

Die griechische Landschaft ist ernst, fast melancholisch, wie der Charakter des Volkes, und diese Stimmung erfasst auch den Fremden. Und doch ist nichts schöner als der Anblick dieses Landes, das uns in unserer Jugend schon so viel Freuden und Schmerzen bereitet, eine zweite Heimat wird. Herzfeld.

Personalia.

Niederlassungen.

A. H. Dr. Holdheim hat sich als Spezialarzt für Lungenkranke in Berlin C., Neue Friedrichstrasse 41/42, niedergelassen.

Familien-Nachrichten.

A. H. Dr. Jutrosinski ist ein Sohn geboren worden.

Die Wittwe unseres verstorbenen A. H. Katz hat der Vereinigung zum Andenken an den Verblichenen 50 Mk., sowie sein Bild überwiesen.

A. H. Stoevesandt verlor seinen 8 Monate alten Sohn Harald durch den Tod.

A. H. Dr. Theodor Weil hat sich mit Frl. Betty Epstein aus Frankfurt a. M. verlobt.

Wohnungsänderungen.

A. H. Dr. Theodor Weil, Frankfurt a. M., Kettenhofweg 92.

A. M. Fromberg, Königsberg i. Pr., Fliessstr. 21.

Vbr. Rheinhold, Berlin N.W., Altonaer Strasse 17.

Frühere Monatsberichte.

(Durch die Redaktions-Kommission zu beziehen!)

No. 5—13 (12 Duell Blum-Eichler, 13 Auflösungs- bezw. Suspensionsdebatte) à 30 Pf.

No. 16—20 (16 Ausschuss-Auflösung, Deutscher Schulverein, 17 Deutscher Schulverein, 20 Ernennung Virchows zum E.-M.) à 30 Pf.

No. 22 (Denkmal Hoffmann v. Fallersleben's) à 40 Pf.

No. 23—26 (24 Spangenberg-Nachruf, 25 Freiwillige Krankenpflege, 26 Helmholtz-Virchow-Kommers) à 30 Pf.

No. 28 (Neubegründung des Ausschusses, A. W. v. Hofmann †) à 30 Pf.

No. 29 (Heidelberger F.W.V., Ausschuss) à 40 Pf.

No. 30—32 (30 Unabhängigenbewegung, Verbandsatzungen, 31 Egidy u. die F.W.V., 32 Erörterungen über die Lesehallenwahl, Unabhängigenbewegung, Fuchskränzchen) à 30 Pf.

No. 35 (Aufnahmeverfahren, Antisemitismus in der Burschenschaft) à 50 Pf.

No. 36 (Virchows Rede auf dem XII. Stiftungsfest, Zeitungsfrage) à 30 Pf.

No. 37—38 (Zeitungsfrage) à 40 Pf.

No. 39 (Zeitungsfrage) à 50 Pf.

No. 40 (Studierende u. Sozialismus) à 30 Pf.

No. 41 (Allgem. studentische Ehrengerichte) à 40 Pf.

No. 42—43 (42 Antisemitismus in der Burschenschaft, Ehrengerichte, 43 Stadthagen-Nachruf, Eigenes Heim, Ehrengerichte) a 30 Pf.

No. 46—49 (46 u. 47 Erörterungen über ein neues Programm, Aufnahmeverfahren, 48 u. 49 Eigenes Heim, Wagner-Schmoller-Kommers) à 30 Pf.

No. 51—52 (51 Berlin u. Heidelberg, 52 Berliner Burschenschaften u. V.D.St., Heidelberger Bund A. H. A. H.) à 40 Pf.

No. 53 (Gründungsgeschichte der Berliner F.W.V., Kartellfrage) à 50 Pf.

No. 55—57 (55 Gründungsgeschiche, Kartellfrage, 56 Eigenes Heim, Kartellfrage, 57 Lösung des Kartells, Ausbreitung der F.W.V.) à 30 Pf.

No. 59—62 (59 Kartellfrage, Gründungsgeschichte, 62 Zur Duellfrage) à 30 Pf.

No. 63 (Reformvorschläge) à 50 Pf.

No. 65—70 (65 Reformvorschläge, Ehrengerichtsbewegung, 66 u. 67 Ehrengerichtsbewegung, 68 u. 69 Wissenschaft u. Politik, 70 Ehrengerichtsbewegung a. d. techn. Hochschule) à 30 Pf.

No. 71 (Wattenbach-Nachruf, Thätigkeit der F.W.V., Zionismus u. F.W.V.) à 40 Pf.

No. 72—74 (72 Duellfrage, 73 Mommsen-Feier, Ziele u. Wege der F.W.V., 74 Eigenes Heim, Fall Heidelberg) à 30 Pf.

No. 77—80 (77 Enquête über Frauenstudium, 78 Die alten Herren, 79 u. 80 Werbekraft der F.W.V.) à 30 Pf.

No. 81—86 (82 Bruch mit S.W.St.V., 84 u. 85 Dambach-Nachruf, Verband wissensch. Vereine, 86 Finkenschaftsbewegung) à 25 Pf.

No. 88—93 (88 Sturz des V.D.St. in der A.L.H., 91 Goethebund u. F.W.V., 92 Goethebund, 93 Diskussionsabende) à 25 Pf.

1. Rede Spangenbergs à 50 Pf.
2. „ „ à 60 Pf.

Gesamtexemplare der noch vorhandenen Monatsberichte kosten 6 Mark.

Die nicht mehr vorhandenen Nummern stellt A. H. Dr. Jutrosinski aus seiner Sammlung Vereinsbrüdern zur **Abschrift** zur Verfügung.

Die Geburt ihres Sohnes **Ernst** *zeigen an*

***Dr. Richard Jutrosinski** F. W. V. A. H.*
und Frau ***Margarete***
geb. ***Jacobsohn.***

Berlin, 16. Februar 1901.

Vorsitzender der R.-K. Dr. Richard Jutrosinski, Berlin N., Elsasserstr. 1.
Druck von J. S. Preuss, Berlin S.W., Kommandantenstr. 14.

